

Washington News

Nr. 26 vom 11. Juli 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Handelspolitische Gespräche zwischen USA und China fortgesetzt**
- **Fed: Robustes US-Wirtschaftswachstum, aber Abschwächung des globalen Handels**
- **Präsident Trumps Erklärung zur Umweltpolitik**
- **USA investieren massiv in Solar-Speicher-Anlagen**
- **US-Bürgermeister fordern USMCA-Ratifizierung für 2019**
- **Gesetzentwürfe zu erhöhten Transparenzanforderungen für Unternehmen**
- **Mögliche Auswirkungen einer Anhebung des Mindestlohns**

Diese Woche in Washington

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) leitete gemäß *Section 301* des *Trade Act of 1974* [eine Untersuchung](#) der geplanten Digitalsteuer (DST) Frankreichs ein. Die Ergebnisse könnten zu Gegenmaßnahmen – z.B. in Form von Strafzöllen – führen. Robert Lighthizer zufolge seien die USA besorgt, dass die DST US-Unternehmen unfair behandle. USTR werde die Auswirkungen der DST untersuchen und feststellen, ob sie diskriminierend oder unzumutbar seien und den US-Handel behindern oder einschränken. Gleichzeitig werde die Trump-Administration ihre Bemühungen im Rahmen der OECD fortsetzen, um eine multilaterale Einigung zu erzielen.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier reiste vom 8. bis 12. Juli in die USA, um sich für die transatlantische Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen einzusetzen. Auf dem Programm standen unter anderem Besuche bei Technologieunternehmen im Silicon Valley und im Mercedes-Werk in Alabama. In Washington, DC hat der Minister Gespräche mit dem Handelsbeauftragten Robert Lighthizer und Finanzminister Steven Mnuchin über die aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen im transatlantischen Verhältnis geführt. Während einer Rede beim *German Marshall Fund* zeigte sich Altmaier optimistisch, dass mit Blick auf die transatlantischen Handelsgespräche ein Ergebnis erzielt werden könnte, wenn der politische Wille auf beiden Seiten vorhanden sei. Er plädierte dafür, sich in den Gesprächen zuerst auf die weniger kontroversen Themen zu konzentrieren. Hinsichtlich möglicher Zölle auf importierte Autos und Autoteile schlug Altmaier eine Reduzierung der Zollsätze auf null auf beiden Seiten des Atlantiks vor.

Das *Bureau of Economic Analysis* im US-Handelsministerium gab die Daten über [ausländische Direktinvestitionen in den USA](#) für das Jahr 2018 bekannt. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die ausländischen Direktinvestitionen um 8,7% auf

Kurzmeldungen

US-Bürgermeister fordern USMCA-Ratifizierung für 2019

Auf ihrer Jahrestagung in Honolulu, Hawaii hat die *US Conference of Mayors* den US-Kongress dazu aufgerufen, das neuverhandelte Handelsabkommen USMCA vor Ende dieses Jahres zu ratifizieren. Diese Forderung war Teil einer Reihe von handelspolitischen [Resolutionen](#), die die Bürgermeister auf ihrer Konferenz verabschiedeten. Die Gruppe besteht aus Bürgermeistern von US-amerikanischen Städten mit mehr als 30.000 Einwohnern. Mit Blick auf das USMCA plädierten sie jedoch auch für notwendige Änderungen der Arbeits-, Umwelt-,

296,4 Milliarden US\$. Fast drei Viertel der Direktinvestitionen kamen aus Europa: Die europäischen Direktinvestitionen haben sich von 116 Milliarden US\$ im Jahr 2017 auf 221 Milliarden US\$ im letzten Jahr fast verdoppelt. Gleichzeitig gingen die chinesischen Direktinvestitionen von fast 15 Milliarden US\$ im Jahr 2017 auf lediglich 1,8 Milliarden US\$ im letzten Jahr deutlich zurück. (ch)

Handelspolitische Gespräche zwischen USA und China fortgesetzt

Am Dienstag haben die amerikanischen und chinesischen Verhandlungspartner ihre Gespräche fortgesetzt. Die Verhandlungen zwischen dem US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer, Finanzminister Steven Mnuchin, dem chinesischen Vizepräsident Liu und Handelsminister Zhong Shan seien konstruktiv gewesen. Das gab der Wirtschaftsberater des Weißen Hauses Larry Kudlow [der Presse](#) am gleichen Tag bekannt. Er machte jedoch auch deutlich, dass die US-Administration keine Frist für die Verhandlungen mit China festgesetzt habe, da ihr die Substanz des Ergebnisses wichtiger sei als der Zeitpunkt des Abschlusses. Ein Deal müsse die Unausgewogenheit der Handelsbeziehungen mit China korrigieren, so Kudlow.

Zum Thema Huawei ergänzte Kudlow, dass Huawei auf der *Entity List* des *Department of Commerce* (DoC) aufgeführt bleibe, für Unternehmen hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit mit Huawei jedoch grundsätzlich die Möglichkeit bestehe, Ausfuhrlizenzen zu beantragen. US-Handelsminister Wilbur Ross [betonte](#) im Rahmen einer jährlichen Konferenz des *Bureau of Industry and Security*, dass das DoC laut der [Ankündigung](#) von Präsident Trump beim G20-Gipfel Exportlizenzen für US-Produkte genehmigen kann, wenn die nationale Sicherheit der USA dadurch nicht gefährdet sei.

Das US-Repräsentantenhaus wird diese Woche über eine überparteiliche [Gesetzesänderung](#) im *2020 National Defense Authorization Act* abstimmen. Darin würde die Streichung Huaweis von der *Entity List* durch das DoC an die Bedingung geknüpft, dass das Handelsministerium bescheinigen müsste, dass Huawei in den letzten fünf Jahren nicht gegen US-Sanktionen oder den Schutz geistigen Eigentums verstoßen habe. (kw)

Fed: Robustes US-Wirtschaftswachstum, aber Abschwächung des globalen Handels

Laut des aktuellen [Halbjahresberichts zur Geldpolitik](#) der US-Notenbank *Federal Reserve* (Fed) hat die US-amerikanische Wirtschaft ihren Aufschwung fortgesetzt. Im ersten Quartal 2019 sei das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA auf das Jahr hochgerechnet um 3,1% gewachsen. Die Arbeitslosenquote hat sich von Dezember 2018 bis Mai 2019 von 3,9% auf 3,6% verringert, was dem niedrigsten Stand seit 50 Jahren entspricht. So sind seit Jahresbeginn durchschnittlich 165.000 Arbeitsplätze monatlich entstanden. Allerdings wies die Fed in ihrem Bericht auch auf eine deutliche Abschwächung der globalen Handelsaktivitäten und des verarbeitenden Gewerbes hin. Grund für den Rückgang

Arzneimittel- und Durchsetzungsvorschriften. Darüber hinaus lehnten sie grundsätzlich Zölle auf importierte Autos und Autoteile ab. Sie würden zu Vergeltungsmaßnahmen auf US-Produkte führen und somit der Wirtschaft und den Verbrauchern schaden. In diesem Zusammenhang äußerten die Bürgermeister auch Bedenken hinsichtlich der Vergeltungszölle der EU und Chinas auf Bourbonimporte, die als Reaktion auf die US-Zölle auf Stahl und Aluminium verhängt wurden. (ch)

Gesetzentwürfe zu erhöhten Transparenz-anforderungen für Unternehmen

Der Ausschuss für Finanzdienstleistungen im Repräsentantenhaus hat am Mittwoch in einer [Anhörung](#) über eine [Reihe von Gesetzentwürfen](#) diskutiert, die von US-börsennotierten Unternehmen eine umfangreiche Offenlegungspflicht bei der US-Börsenaufsichtsbehörde (SEC), sowie gegenüber Investoren, erfordern würden. Konkret betroffen von den von den Demokraten vorgeschlagenen Transparenzanforderungen für Unternehmen wären unter anderem der Steuerbereich und Angaben zu politischen Spendenausgaben. Zudem sollen die Risiken identifiziert werden, die

der Importe und Exporte sowohl in den USA als auch weltweit könne unter anderem die Einführung neuer Zölle sein. Die Unsicherheit über die handelspolitischen Entwicklungen scheine die Entscheidungen der Unternehmen über Neuinvestitionen zu verzögern und zu einer Reduzierung ihrer investiven Ausgaben führen. Gerade in Asien hemmen die rückläufigen Umsatzzahlen bei Technologiegütern die Handels- und Produktionstätigkeit. Letztendlich reagieren der weltweite Handel und das verarbeitende Gewerbe im besonderen Maße auf globale konjunkturelle Schwankungen. Die Abschwächung der globalen Nachfrage führe daher auch zu einer Verlangsamung des Wachstums des verarbeitenden Gewerbes. Die Abkühlung des europäischen Wirtschaftswachstums stehe zudem im Zusammenhang mit den Komplikationen bei der Einhaltung strengerer Emissionsstandards für neue Kraftfahrzeuge in Deutschland, den landesweiten Protesten in Frankreich und den anhaltenden Unsicherheiten durch den Brexit. (ch)

Präsident Trumps Erklärung zur Umweltpolitik

In einer [Rede](#) im Weißen Haus am 8. Juli hat sich Präsident Donald Trump zum Umweltschutz in den Vereinigten Staaten geäußert. Er betonte, dass der Schutz von Wasser und Luft von Beginn an eine der obersten Prioritäten für seine Regierung gewesen sei. Darüber hinaus sei der energiebedingte CO₂-Ausstoß in den USA seit dem Jahr 2000 deutlicher reduziert worden als dies in den Staaten des Pariser Klimaabkommens der Fall gewesen sei. Er habe auch deshalb den Ausstieg der USA aus dem Abkommen in seinem ersten Amtsjahr veranlasst. Einen wesentlichen Schwerpunkt legte er auf das Zusammenspiel einer starken Wirtschaft und eines funktionierenden Umweltschutzes. Eine starke Wirtschaft sei entscheidend für den Erhalt einer gesunden Umwelt, so der Präsident. Globale Umweltschutzmaßnahmen dürften nicht zu Lasten der US-Industrie und des amerikanischen Arbeitsmarktes gehen.

Die Rede zog kritische Kommentierung nach sich. Der Vorsitzende des Ausschusses für Energie und Handel im Repräsentantenhaus, Frank Pallone Jr. (D-NJ), stellte in einer [Pressemitteilung](#) fest, dass der Präsident nicht nur den Klimawandel sondern auch die negativen Auswirkungen der Politik seiner Administration für die Umweltbilanz leugnen würde. Auch Vertreter von Umwelt- und Klimaschutzorganisationen reagierten deutlich. In einem [Statement](#) kritisierte Joe Bonfiglio, Präsident der Organisation *Environmental Defense Fund Action*, die Trump-Regierung dafür, sich aus der aus seiner Sicht schädlichen und rückständigen umweltpolitischen Bilanz herauszureden. Auch der Direktor der *Environmental Working Group*, Ken Cook, [kritisierte](#) die Rede mit Blick auf die vom Präsidenten positiv dargestellten Maßnahmen für den Umweltschutz. (vm)

USA investieren massiv in Solar-Speicher-Anlagen

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Der Markt für Energiespeicher entwickelt sich rasant. Sinkende Installationskosten bei einer steigenden Nachfrage

möglicherweise durch den Klimawandel auf Geschäftstätigkeiten und durch die Menschenrechtssituationen in den Zulieferketten vor Ort entstehen könnten. (vm)

Mögliche Auswirkungen einer Anhebung des Mindestlohns

Eine Abstimmung über den [Raise the Wage Act](#) ist für nächste Woche im Repräsentantenhaus geplant. Dieser Gesetzentwurf sieht eine schrittweise Anhebung des Mindestlohns auf 15 US\$ vor. Der gesetzliche Mindestlohn der USA liegt bei 7,25 US\$ pro Stunde, wobei einige Bundesstaaten auch höhere Mindestlohniveaus festgelegt haben. Eine neue [Studie](#) des unabhängigen *Congressional Budget Office* (CBO) hat die möglichen Auswirkungen einer Anhebung des Mindestlohns auf bis zu 15 US\$ bis 2025 analysiert. So würden von einer Erhöhung des Mindestlohns auf 15 US\$ 17 Millionen Arbeitnehmer profitieren, die derzeit weniger als 15 US\$ verdienen. Auch die 10 Millionen Arbeitnehmer, deren Gehalt leicht über der 15 US\$-Marke liegt könnten positive Effekte auf ihre Gehaltsentwicklung erwarten. Die Anzahl der Menschen mit einem Jahreseinkommen unterhalb der nationalen

nach Speicherkapazitäten sind die ausschlaggebenden Triebkräfte dafür. Für den breiten Ausbau der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen sind Investitionen in Speichertechnologien sogar zu einer wichtigen Voraussetzung geworden.

Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

Armutsgrenze könnte um 1,3 Millionen sinken. Da eine solche Anhebung jedoch für Unternehmen mit erhöhten Kosten verbunden ist, könnte dies zur Folge haben, dass bis zu 3,7 Millionen Arbeitsplätze abgebaut werden. (ch)



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Daniel Andrich

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

